

## Die 2. Parteikonferenz vor

Leitungen und auf den Parteiaktivtagungen gefunden hat, muß es in den Mitgliederversammlungen geschehen. Um welche Fragen handelt es sich dabei?

1. Das Wichtigste in der Parteiarbeit ist die politische Erziehung der Menschen, die Mobilisierung und Organisation der Massen zur praktischen Lösung der uns gestellten Aufgaben.

Genosse Stalin lehrt uns: „Führen heißt, die Massen von der Richtigkeit der Parteipolitik überzeugen, verstehen, solche Lösungen herauszugeben, die die Massen an die Positionen der Partei heranzuführen.“

Deshalb ist die erste Frage, die in allen Mitgliederversammlungen sehr verantwortungsbewußt und sehr kritisch geprüft werden muß, die Verbindung der Parteiorganisation mit den Massen, die Arbeit der Parteimitglieder und Kandidaten zur Überzeugung der Massen von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Politik der Partei und ihrer Organisation zur Verwirklichung der sich aus dieser Generallinie ergebenden politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aufgaben. Auf der 8. Tagung des Zentralkomitees hat der Genosse Walter Ulbricht zum Ausdruck gebracht, daß der Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrags und um die demokratische Einheit Deutschlands im Mittelpunkt der Vorbereitung der

2. Parteikonferenz steht. Der Brief der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Besatzungsmächte mit der Forderung auf den sofortigen Abschluß eines Friedensvertrags, die Antwort der Regierung der UdSSR, daß sie sich voll und ganz hinter diese Forderung stellt und die Note der Regierung der UdSSR mit den Grundlagen eines Friedensvertrags mit Deutschland an die Besatzungsmächte zeigen dem ganzen deutschen Volke, wie unsere nationalen Interessen gewahrt und vertreten werden können. Die Überzeugung aller werktätigen Menschen in Ost- und Westdeutschland von der Richtigkeit dieses Weges, von der Möglichkeit der Beschreitung dieses Weges und von der Kraft, die das deutsche Volk zur Verwirklichung dieses Weges besitzt, wenn es sich in seiner überwiegenden Mehrheit mit aller Konsequenz dafür einsetzt, das ist in der gegenwärtigen Periode die zentrale Frage unserer Arbeit.

Genosse Ulbricht hat auf der 8. Tagung des Zentralkomitees die Lage in Westdeutschland sehr gründlich analysiert und festgestellt, daß in Westdeutschland eine Krise heranreift, daß seit Ende 1951 eine Änderung im politischen Kräfteverhältnis Westdeutschlands eingetreten ist,

was sich in einem immer stärkeren Widerspruch zwischen den Taten der Adenauer-Regierung mit Unterstützung der rechtssozialdemokratischen Führer und den berechtigten Wünschen und Forderungen der Bevölkerung ausdrückt. Die patriotischen Kräfte des Bürgertums, im besonderen vertreten durch solche Namen wie Dr. Wirth, Heinemann, Pastor Dr. Niemöller und Frau Helene Wessel, beginnen sich in einem immer stärkeren Umfange gegen die Remilitarisierung und den Kriegskurs Adenauers zur Wehr zu setzen und sich zu sammeln. Das Neue und Große in Westdeutschland ist jedoch die wachsende Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter, die sich in Belegschaftsversammlungen, in Betriebsrätekonferenzen, in Gewerkschaftsversammlungen und Gewerkschaftskonferenzen unmißverständlich klar und eindeutig gegen den Generalkriegsvertrag zur Wehr setzen und den Einsatz aller Mittel zur Verhinderung der Remilitarisierung verlangen.

Die Note der Regierung der UdSSR mit den Grundlagen eines Friedensvertrags für Deutschland hat vor dem gesamten deutschen Volke noch einmal die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion aufgezeigt und ihm den Weg für die Vertretung der nationalen Interessen und Forderungen des deutschen Volkes gewiesen. Es ist klar: diesen Weg zu gehen heißt, ihn mit der ganzen Kraft zu erzwingen. Das verlangt, unsere Argumentation über die Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrags und der Schaffung der demokratischen Einheit Deutschlands offensiv, ständig und dauernd in die werktätigen Massen einzutragen, sich geduldig und unermüdlich mit den Stimmungen, Meinungen und Auffassungen jedes einzelnen auseinanderzusetzen, um die Überzeugung jedes Menschen zu ringen und sie von der Kraft des deutschen Volkes im Kampf um diese Forderungen zu überzeugen und zu aktiven Friedenskämpfern zu machen.

Jede Parteiorganisation muß also in ihrer Mitgliederversammlung prüfen, inwieweit sie eine solche Überzeugungsarbeit in ihrem Betrieb, in ihrer MAS, auf ihrem volkseigenen Gut, in ihrer Verwaltung, in ihrer Institution, in ihrer Schule, in ihrem Ort oder in ihrem Wohnbezirk geleistet hat. Wie ist man gegen antisowjetische Auffassungen, gegen die Lügenpropaganda des RIAS, des Gegners aufgetreten, wie hat man sich um die Arbeit des Ausschusses der Nationalen Front und des Friedenskomitees gekümmert, welche Schwächen sind vorhanden, und was muß geändert werden? Entspricht die Agitationsarbeit den Weisungen der Partei und den Notwendigkeiten unserer Situation?